

GESCHÄFTS BERICHT

20
25

Sicherheit schaffen.
Zukunft ermöglichen.
Gemeinsam wachsen.

#bbthueringen

Digitaler Geschäftsbericht

Unser Geschäftsbericht ist ab sofort auf einer eigenen Website digital verfügbar. Sie gelangen über folgenden Link direkt dorthin oder einfach mit dem Smartphone über den QR Code.

<https://bericht.bb-thueringen.de>



Sicherheit schaffen. Zukunft ermöglichen. Gemeinsam wachsen.

Sehr geehrte Unternehmerinnen und Unternehmer,
sehr geehrte Partnerinnen und Partner,
sehr geehrte Leserinnen und Leser,

das Jahr 2025 hat erneut gezeigt, wie viel Kraft, Mut und Innovationsgeist im Thüringer Mittelstand stecken. In einem wirtschaftlichen Umfeld, das von Unsicherheiten, steigenden Kosten, geopolitischen Spannungen und tiefgreifenden Transformationsprozessen geprägt war, haben unsere Unternehmen nicht abgewartet - sie haben gestaltet. Genau hier setzt unser Auftrag an. Als Bürgschaftsbank Thüringen verstehen wir uns nicht nur als Finanzierer, sondern als verlässlicher Möglichmacher. Wir geben Sicherheit, wenn Ideen wachsen wollen. Wir schaffen Spielräume, wenn Investitionen den nächsten Schritt erfordern. Und wir stehen an der Seite derjenigen, die Verantwortung für Arbeitsplätze und Wertschöpfung in unserem Land übernehmen.

Verlässlichkeit in bewegten Zeiten

2025 war für viele Betriebe ein Jahr wichtiger Entscheidungen: Nachfolgen wurden geregelt, Innovationen vorangetrieben, neue Geschäftsmodelle entwickelt und nachhaltige Investitionen angestoßen. Mit unseren Bürgschaften und Beteiligungslösungen konnten wir zahlreiche dieser Vorhaben begleiten - schnell, partnerschaftlich und lösungsorientiert. Jede Finanzierung steht dabei für mehr als nur Zahlen. Sie steht für Vertrauen, für Arbeitsplätze, für Zukunftsperspektiven und diese Verantwortung treibt uns jeden Tag an.

Partnerschaft, die wirkt

Unser Erfolg basiert auf starken Netzwerken: Hausbanken, Kammern, Verbände, Politik und Wirtschaftsförderer arbeiten eng mit uns zusammen. Dieses Zusammenspiel macht uns zu einem stabilen Anker für kleine und mittlere Unternehmen, Gründerinnen und Gründer sowie Nachfolgerinnen und Nachfolger in Thüringen. Besonders stolz sind wir auf die vielen persönlichen Gespräche mit Unternehmerinnen und Unternehmern. Denn hinter jedem Antrag steht eine Geschichte - und hinter jeder Lösung ein gemeinsames Ziel: nachhaltiges Wachstum.

Mit Zuversicht nach vorn

Die wirtschaftlichen Herausforderungen bleiben - doch ebenso bleiben Innovationskraft, Fachkompetenz und Taten-drang unseres Mittelstands. Deshalb blicken wir mit Zuversicht in die Zukunft. Auch weiterhin werden wir Impulse setzen, Prozesse vereinfachen und passgenaue Finanzierungslösungen entwickeln. Damit aus Ideen Investitionen werden, aus Investitionen Erfolg und aus Erfolg eine starke Thüringer Wirtschaft.

Wir danken allen für das Vertrauen und die vertrauensvolle Zusammenarbeit.
Lassen Sie uns gemeinsam Zukunft gestalten.

Mit freundlichen Grüßen

Die Geschäftsführer der Bürgschaftsbank Thüringen

Michael Burchardt

Stefan Schneider

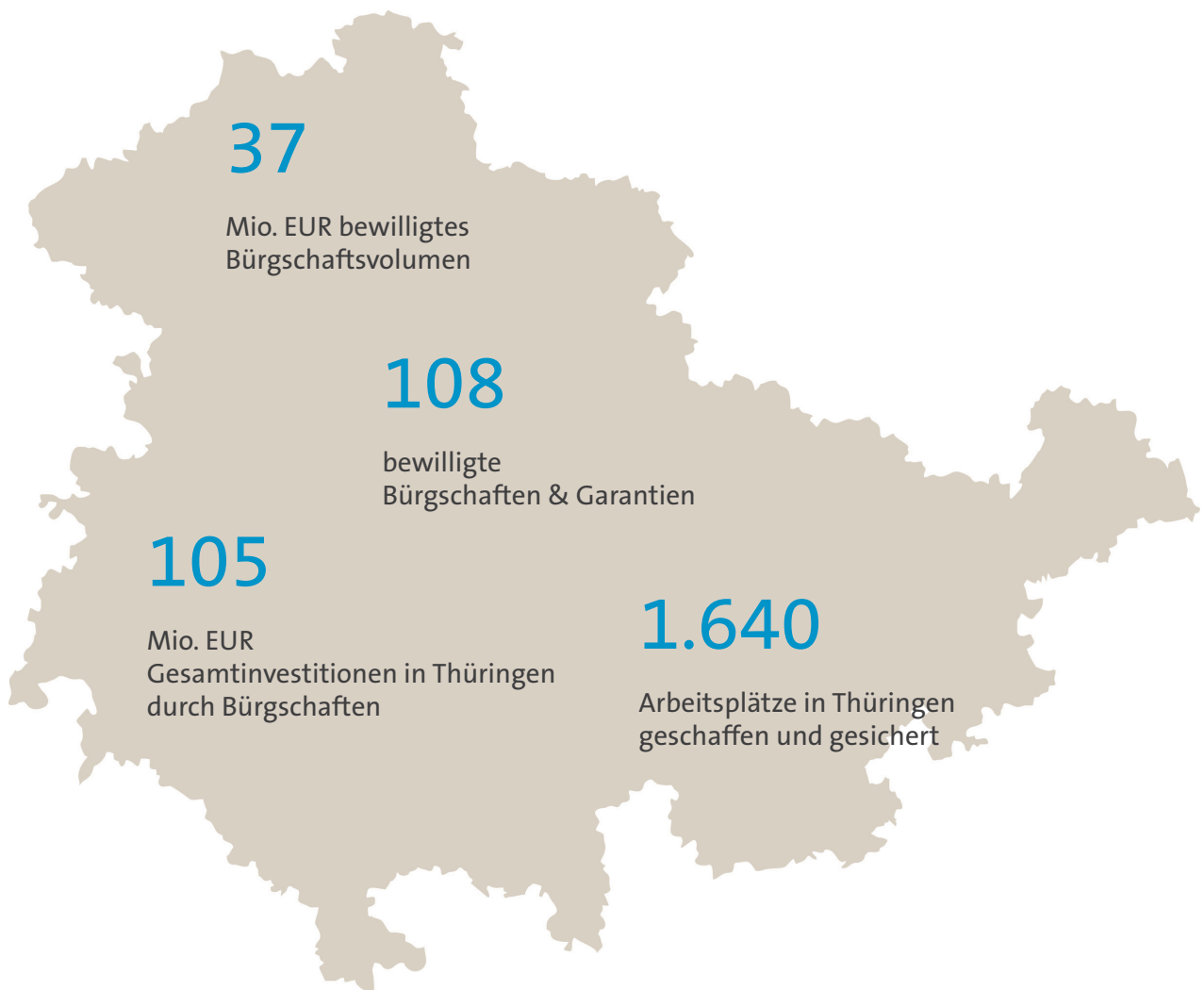


Stefan Schneider & Michael Burchardt | Foto: Barbara Neumann

Finanzierung Mittelstand. Bürgschaftsbank Thüringen.

Mit unseren Bürgschaften sichern wir Finanzierungen bei Banken und Sparkassen und erleichtern damit die Kreditvergabe für Unternehmen. Außerdem leisten wir einen kompetenten Beitrag zur Wirtschaftsförderung in Thüringen.

Im Geschäftsjahr 2025 haben wir folgende Erfolge zu verzeichnen:



Lagebericht

1. Darstellung des Geschäftsmodells

1.1. Grundlagen der Bank

Die Bürgschaftsbank Thüringen GmbH (BBT) ist eine Fördereinrichtung der Thüringer Wirtschaft, die sich zum Ziel gesetzt hat, vielversprechenden unternehmerischen Ideen des Thüringer Mittelstandes das notwendige Start- bzw. Erweiterungskapital zu verschaffen. Dazu übernimmt sie Bürgschaften gegenüber Banken, Sparkassen und Leasinggesellschaften sowie Garantien gegenüber privaten Kapitalbeteiligungsgesellschaften für den gewerblichen Mittelstand, Freiberufler und für Agrarunternehmen. Dabei orientiert sich die BBT als Förderinstitut sowohl an finanziellen Leistungsindikatoren, wie dem Neugeschäftsvolumen, das sich aus den genehmigten Bürgschaften und Garantien ergibt und dem Betriebsergebnis vor Bewertung, als auch an nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, wie den mit den Bürgschaften und Garantien geschaffenen bzw. gesicherten Arbeitsplätzen, die im Genehmigungsverfahren entsprechend avisiert wurden.

1.2. Wirtschaftsbericht - Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im Jahr 2025 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 0,2 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. (Quelle: Statistisches Bundesamt; Pressemitteilung vom 15. Januar 2026).

Dabei verlief die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen deutlich unterschiedlich. Im Verarbeitenden Gewerbe wurde 2025 im dritten Jahr in Folge weniger erwirtschaftet. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung nahm gegenüber dem Vorjahr um 1,3 % ab. Vor allem große Bereiche wie die Automobilindustrie und der Maschinenbau hatten Einbußen zu verzeichnen. Beide Branchen sahen sich stärkerer Konkurrenz auf den weltweiten Absatzmärkten ausgesetzt. In der Chemieindustrie und anderen energieintensiven Industriezweigen unterschritt die wirtschaftliche Aktivität das niedrige Niveau der Vorjahre nochmals leicht.

Auch für das Baugewerbe war 2025 erneut ein schwieriges Jahr. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung sank nochmals um 3,6 %, die Zahl der Insolvenzen nahm zu. Anhaltend hohe Baupreise bremsten insbesondere den Hochbau und das Ausbaugewerbe deutlich aus. Besser war die Lage im Tiefbau: Der Neubau und die Instandsetzung etwa von Straßen, Bahnstrecken oder Energienetzen sorgten dafür, dass das Vorjahresniveau leicht übertroffen wurde.

Im Dienstleistungsbereich zeigte sich ein gemischtes Bild: So sank die preisbereinigte Bruttowertschöpfung der Unternehmensdienstleister im Jahresvergleich (-0,8 %). Die sonstigen Dienstleister, etwa für Sport, Unterhaltung und Erholung, mussten ebenfalls Einbußen hinnehmen (-0,3 %).

Im Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe stieg die preisbereinigte Bruttowertschöpfung dagegen an (+1,2 %). Hierzu trug insbesondere der Einzelhandel bei. Das Gastgewerbe erwirtschaftete hingegen weniger als im Vorjahr. Im Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit wuchs die Wertschöpfung erneut (+1,4 %).

Sowohl die privaten als auch die staatlichen Konsumausgaben stiegen im Jahr 2025 preisbereinigt deutlich gegenüber dem Vorjahr. Die preisbereinigten privaten Konsumausgaben nahmen insgesamt um 1,4 % zu. Besonders für Gesundheit gaben die privaten Haushalte mehr Geld aus als im Vorjahr (+3,8 %). (Quelle: Statistisches Bundesamt; Pressemitteilung vom 15. Januar 2026).

Die staatlichen Haushalte beendeten das Jahr 2025 nach vorläufigen Berechnungen mit einem Finanzierungsdefizit von Besicherung geführt wird. Insbesondere bei kleineren Kreditbeträgen wird im gewerblichen Kreditgeschäft zunehmend auf Sicherheiten verzichtet. Die Wettbewerbsprodukte der Thüringer Aufbaubank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau grenzen sich zum Teil durch unterschiedliche Größenklassen und Finanzierungssegmente ab.

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahr 2025 von durchschnittlich 46 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Gegenüber dem Vorjahr blieb der Wert nahezu unverändert. In Thüringen nahm die Zahl der Erwerbstätigen 2025 gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Prozent ab und beträgt 1.003.900 Personen. Dies teilt das Thüringer Landesamt für Statistik auf Basis erster Berechnungen mit (Pressemitteilung vom 27.01.2026).

Die Thüringer Gewerbeämter übermittelten im Jahr 2025 insgesamt 12.028 Gewerbeanmeldungen, was über dem Vorjahresniveau liegt (+606 Anzeigen bzw. + 5,3 %). Die Zahl der Gewerbeabmeldungen blieb dagegen mit 12.104 Anzeigen nahezu auf Vorjahresniveau (+0,4%) (Pressemitteilung des Landesamtes für Statistik vom 11.02.2026).

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat 2025 in mehreren Schritten den Leitzins deutlich gesenkt - zuletzt am 05. Juni 2025 auf 2,15 Prozent, was insgesamt zu günstigen Finanzierungsbedingungen führt.

Die Wettbewerbssituation für die Bürgschaftsbank ist im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Im Mittelstandskreditgeschäft besteht ein unverändert spürbarer Wettbewerb zwischen den Kreditinstituten, welcher erfahrungsgemäß auch oft über die

1.3. Geschäftsverlauf der Bürgschaftsbank Thüringen GmbH

Ausgehend von einem geplanten Jahresergebnis in Höhe von T€ 263 und einem erwarteten Neugeschäftsvolumen von € 40 Mio. hat sich folgender Geschäftsverlauf für das Jahr 2025 ergeben:

Eingebettet in die zuvor aufgeführten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unterschritt die Bank den Planwert in Höhe von € 40 Mio. im Neugeschäft leicht. Insgesamt betrug das genehmigte Volumen an Bürgschaften und Garantien € 37,3 Mio. (Vorjahr € 42,4 Mio.).

Insbesondere im Bereich Nachfolgefinauzierungen war eine unverändert starke Nachfrage der Unternehmer respektive der Hausbanken zu konstatieren. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 97 Bürgschaften bzw. Garantien übernommen, womit ein Investitionsvolumen von ca. € 110 Mio. ausgelöst und damit rund 250 neue Arbeitsplätze geschaffen bzw. ca. 1.400 Arbeitsplätze gesichert werden sollen.

Der Bestand an Bürgschaften und Garantien beläuft sich zum Jahresende 2025 auf € 245,3 Mio. und liegt damit leicht unter dem Vorjahresniveau (€ 253,4 Mio.). Insgesamt werden per Jahresultimo Bankkredite und Beteiligungen für 1.005 Unternehmen in Thüringen abgesichert.

Im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages waren Mitarbeiter der Abteilung Beteiligungsgeschäft, der Abteilung Betriebsmanagement, des Geschäftsführungssekretariates und der Abteilung Rechnungswesen/Controlling für die mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH tätig.

2. Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

2.1. Ertragslage

Das Betriebsergebnis vor Bewertung und vor Steuern in Höhe von T€ 1.251 ist gegenüber dem Vorjahr (T€ 1.213) um 3,1 % geringfügig gestiegen, was hauptsächlich auf höhere Erträge aus der Geschäftsbesorgung der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft (T€ +117), höhere Zinserträge (T€ +52), geringere sonstige betriebliche Aufwendungen (T€ 144) und gestiegene Personalkosten (T€+71) zurückzuführen ist. Die Verwaltungsaufwendungen liegen deutlich unter der Planung (T€ 4.620) und bewegen sich zum Stichtag mit T€ 4.220 nur leicht über dem Vorjahresniveau (T€ 4.044).

Der Zinsüberschuss beträgt T€ 496 (Vorjahr T€ 445). Auf eine ursprünglich angedachte Teilausschüttung aus dem bank-eigenen Spezialfonds (T€ 370) wurde wie im Vorjahr verzichtet.

Die Erträge aus Bearbeitungsgebühren sowie Bürgschafts- und Garantieprovisionen beliefen sich im Jahr 2025 auf T€ 3.584 (Vorjahr T€ 3.619).

Aus der Geschäftsbesorgung der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH (MBGT) durch die Bank wurde im Geschäftsjahr ein Ertrag in Höhe von T€ 1.377 (Vorjahr T€ 1.260) erzielt.

Der Personalaufwand in Höhe von T€ 2.768 (Vorjahr T€ 2.697) hat sich insbesondere aufgrund Tarifierpassungen erhöht. Im Geschäftsjahr 2025 waren neben der Geschäftsführung durchschnittlich 29 Mitarbeiter (Vorjahr 29, davon 4 Teilzeitkräfte und eine geringfügig Beschäftigte) angestellt.

Die Sachaufwendungen in Höhe von T€ 1.452 liegen über dem Niveau des Vorjahres (T€ 1.347), jedoch unter der Planzahl (T€ 1.690). Ursächlich hierfür sind deutlich geringere IT-Kosten als geplant.

Das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft hat sich im Berichtsjahr mit T€ -1.251 gegenüber dem (Vorjahr T€ -1.206) leicht erhöht. Die Pauschalwertberichtigung ermittelt sich unter Beachtung des IDW RS BFA 7 und beträgt unverändert T€ 1.240. Die erzielten Regresserlöse von T€ 230 liegen unter dem Vorjahreswert (T€ 271).

Mit Einzel- und Pauschalwertrückstellungen von insgesamt T€ 12.787 (Vorjahr T€ 12.774) ist für die Risiken aus dem Kreditgeschäft ausreichend Risikovorsorge getroffen worden.

Für Wertpapiere des Anlagebestands erfolgen in Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips keine Abschreibungen. Alle Papiere werden grundsätzlich bis zur Endfälligkeit gehalten.

Für das Geschäftsjahr wird ein positives Jahresergebnis von T€ 188 (Vorjahr T€ 447) ausgewiesen, welches unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie der ursprünglichen Planzahl von T€ 263 und der nicht erfolgten Ausschüttung aus dem Spezialfond in Höhe von T€ 370 als zufriedenstellend eingeschätzt wird.

2.2. Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögenslage der Bank ist durch die Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten und anderen Verpflichtungen in Höhe von € 288 Mio. (Vorjahr € 296,1 Mio.) gekennzeichnet. Die außerbilanziellen Verpflichtungen sind gegenüber dem Vorjahr um € 8,1 Mio. gesunken.

Die Bilanzsumme setzt sich auf der Aktivseite hauptsächlich aus den Forderungen an Kreditinstitute (€ 11,1 Mio.; Vorjahr € 12,9 Mio.), aus dem Spezialfonds (€ 24,2 Mio.; Vorjahr € 24,2 Mio.) und aus festverzinslichen Wertpapieren (€ 19,5 Mio.; Vorjahr € 17,7 Mio.) zusammen.

Die Forderungen an Kreditinstitute betreffen neben täglich fälligen Forderungen von € 3,6 Mio. (Vorjahr € 2,8 Mio.) vor allem Termingeldanlagen bei drei Kreditinstituten in Höhe von € 7,5 Mio., davon € 3,5 Mio. bei zwei Gesellschafterbanken (Vorjahr € 6,8 Mio.) mit Restlaufzeiten bis zu sechs Jahren.

Dem stehen auf der Passivseite hauptsächlich Verbindlichkeiten aus Rückstellungen mit € 14,2 Mio. (Vorjahr € 14,2 Mio.) sowie bilanzielle Eigenmittel von € 40,8 Mio. (Vorjahr € 40,6 Mio.) gegenüber.

Bei den Rückstellungen handelt es sich zum überwiegenden Teil um Vorsorgen für Inanspruchnahmen aus dem Bürgschafts- und Garantiegeschäft.

Die Eigenmittel der Bank werden sich nach Feststellung des Jahresabschlusses 2025 infolge Gewinnthesaurierung auf € 40,7 Mio. (Vorjahr € 40,6 Mio.) erhöhen und sind damit für die Risikotragfähigkeit der Bank sowie die Entwicklungsmöglichkeiten für die kommenden Jahre ausreichend bemessen.

Die Gesamtkapitalquote nach Artikel 92 CRR lag zum Stichtag bei 45,29 % und im Berichtsjahr jederzeit deutlich über der aufsichtsrechtlich geforderten Quote von 13,25 % (inklusive SREP-Zuschlag und Kapitalerhaltungspuffer gemäß § 10 c KWG).

Die Eventualverbindlichkeiten vor Absetzung von Einzel- und Pauschalrückstellungen (€ 245,3 Mio.; Vorjahr € 253,4 Mio.) bestehen für übernommene Bürgschaften und Garantien.

Die Finanzlage der Bank war in 2025 durch eine stets ausreichende Liquidität gekennzeichnet. Über das Geschäftsjahr hinweg werden ausreichend hohe und kurzfristig verfügbare Bankguthaben unterhalten. Die Vorschriften der Liquiditätsverordnung werden eingehalten. Die Zahlungsbereitschaft war und ist auch zukünftig jederzeit gewährleistet.

Zusammenfassend sieht die Geschäftsführung die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft unverändert als geordnet an.

3. Risikobericht

3.1. Risikomanagementsystem

Die Bürgschaftsbank Thüringen hat als Wirtschaftsförderinstitut die Aufgabe, für kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und für Angehörige der freien Berufe Hausbankkredite zu verbürgen bzw. Beteiligungen zu garantieren. Das Eingehen von Risiken für diese Finanzierungsvorhaben ist Grundlage des Geschäftsmodells einer Bürgschaftsbank und unabdingbar mit unserer Geschäftstätigkeit verbunden. Daneben bestehen weitere Risiken aus der Anlage liquider Mittel und aus sogenannten operationellen Risiken.

Rahmenbedingungen für die Gestaltung der angewendeten Methoden und Verfahren im Risikomanagement bilden die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sowie weitere aufsichtsrechtliche Anforderungen wie beispielsweise die EBA-Guidelines und die BAIT. Grundlage für die Geschäftstätigkeit der Bank bildet die Geschäfts- und Risikostrategie. Ausgehend von einer Analyse der externen und internen Einflussfaktoren sowie der bestehenden Strukturen hat die Bank die Chancen und Risiken ihrer Geschäftstätigkeit analysiert. Darauf aufbauend wurden für die wesentlichen Geschäftsaktivitäten strategische Ziele festgelegt und Maßnahmen abgeleitet. Ferner erfolgen im Rahmen der Strategie eine Darstellung der wesentlichen Risiken der Bank sowie Erläuterungen zu den wesentlichen Maßnahmen zur Steuerung und Begrenzung dieser Risiken.

Der Risikomanagementprozess beinhaltet alle Aktivitäten zum systematischen Umgang mit Risiken. Für das Risikomanagement bestehen in der schriftlich fixierten Ordnung der Bank ausführliche Dokumente. Insbesondere im Risikohandbuch der Bank werden Ziele, Methoden, Verfahren, Instrumente, Verantwortlichkeiten etc. des Risikomanagements dargestellt. Die Bank hat Arbeitsabläufe installiert, die es ihr ermöglichen, Risiken frühzeitig zu erkennen, zu bewerten, abzumildern und einer ständigen Kontrolle zu unterwerfen.

3.2. Risikotragfähigkeit

Unser Risikotragfähigkeitskonzept beinhaltet sowohl eine Risikotragfähigkeitsrechnung in ökonomischer Perspektive, als auch eine normative Perspektive auf Basis der Kapitalplanung.

Ziel der normativen Perspektive ist die Einhaltung der regulatorischen und aufsichtlichen Kapitalanforderungen. Diese umfassen die Kernkapitalanforderung, den SREP-Zuschlag, den Kapitalerhaltungspuffer sowie die Eigenmittelzielkennziffer. Der Kapitalplanungsprozess ist Bestandteil der mittelfristigen Planung und stellt das Instrument zur Überprüfung der normativen Risikotragfähigkeit und damit der Nachhaltigkeit unseres Geschäftsmodells auf Basis der strategischen Ausrichtung dar.

Ziel in der ökonomischen Perspektive ist die langfristige Fortführung des Instituts auf Basis der eigenen Substanz und Ertragskraft sowie der Schutz der Gläubiger vor ökonomischen Verlusten. Die Risikomessung rückt den Marktwert bzw. wirtschaftlichen Wert des Instituts in den Fokus, sie ist zeitpunktbezogen und bezieht sich auf einen einjährigen Risikobetrachtungshorizont. Mit der Aufsichtsmitteilung vom 26.11.2024 veröffentlichte die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) Erleichterungen im Risikomanagement für kleine und sehr kleine Kreditinstitute. Die Bank entspricht allen im Schreiben normierten Kriterien und hat daher die Möglichkeit genutzt, den im Rahmen des bankinternen Risikotragfähigkeitskonzeptes bisher verwendeten barwertnahen Ansatz durch ein „Säule 1 „plus“-Verfahren zu ersetzen. Dieser Ansatz erlaubt es, zu den Kapitalanforderungen der Säule 1 vereinfacht ermittelte Risikowerte (bspw. aus dem »Baseler Zinsschock«) für nicht hinreichend durch die Säule 1 berücksichtigte oder weitere wesentliche Risiken hinzuzudaddieren (sog. „Säule 1-Plus-Ansatz“). Die Umstellung auf den neuen Ansatz erfolgte zum Stichtag 30. September 2025.

Die Ermittlung des Risikodeckungspotenzials erfolgt quartalsweise aus den Eigenmitteln gemäß CRR sowie den stillen Reserven bzw. Lasten aus Eigenanlagen und bleibt im Säule 1 „plus“-Ansatz gegenüber der bisherigen barwertnahen Herleitung unverändert.

Für die im Rahmen der Risikotragfähigkeit betrachteten Risiken werden durch die Geschäftsführung Limite festgelegt. Die Limitierung wird unverändert nur für das Standardszenario vorgenommen, da dieses zur Steuerung des laufenden Geschäftsbetriebes dient. Für alle wesentlichen Risikoarten werden Stresstestberechnungen durchgeführt, dabei werden Extremszenarien betrachtet (adverser Stress) und deren Auswirkung auf die Risikotragfähigkeit untersucht. Die Risikotragfähigkeit ist gegeben, wenn die wesentlichen Risiken durch die Risikodeckungsmasse bzw. das Gesamtbank-Risikolimit gedeckt sind. Über die Ergebnisse der Berechnung der Risikotragfähigkeit werden die Geschäftsleitung und der Verwaltungsrat im vierteljährlichen Risikobericht ausführlich informiert.

3.3. Risikoinventur / Risikoarten

Grundlage für ein erfolgreiches Risikomanagement ist die systematische Erfassung und Analyse aller für die Bank wesentlichen Risiken. Im Rahmen der Durchführung der ganzheitlichen Risikoinventur werden mindestens einmal jährlich alle auf die Bank einwirkenden Risiken betrachtet, auf Veränderungen untersucht und eine Risikobewertung vorgenommen. Dabei werden auch Nachhaltigkeitsrisiken einbezogen, wobei diese nicht als gesonderte Risikoart, sondern zu anderen Risikoarten (wie Kreditrisiken, Spreadrisiken, Reputationsrisiken) zugehörig gesehen werden. Nachhaltigkeitsrisiken wirken als Risikotreiber und können eine verstärkende Wirkung auf diese Risikoarten haben.

Im Ergebnis der im August 2025 stattgefundenen Risikoinventur hat die Bank für ihre Geschäftstätigkeit unverändert Adressenausfallrisiken, Kreditspreadrisiken (als Teil der Marktpreisrisiken), Marktpreisrisiken sowie operationelle Risiken als wesentlich eingestuft.

3.3.1 Adressenausfallrisiko

Die Adressenausfallrisiken resultieren im Wesentlichen aus der Übernahme von Bürgschaften und Garantien sowie aus den Eigenanlagen.

Die BBT übernimmt Bürgschaften und Garantien unter Beachtung der Rückbürgschafts-/ Rückgarantieerklärungen des Bundes und des Freistaates Thüringen und unter Beachtung beihilferechtlicher Vorgaben der EU in der zum Zeitpunkt der Bewilligung jeweils geltenden Fassung. Die Rückbürgschaften und -garantien von Bund und Freistaat von zusammen 65 % der übernommenen Bürgschaften sowie 70 % der Beteiligungsgarantien reduzieren unser Risiko, ebenso die Rückgarantie vom Bund in Höhe von 80 % für den ERP-Förderkredit Gründung und Nachfolge.

Zur Begrenzung des Adressenausfallrisikos im Kreditgeschäft besteht bei Bürgschaften eine Obergrenze von € 2,0 Mio. und bei Garantien für Beteiligungen im Regelfall eine Obergrenze von T€ 1.050 pro Kreditnehmereinheit. Seit 01.11.2024 können zudem Garantien zur Absicherung des ERP-Förderkredit Gründung und Nachfolge gegenüber der KfW in Höhe von max. 1.500 Tsd. Euro übernommen werden.

Bei der Vergabe von Bürgschaften und Garantien wird das VDB-Rating-System der Bürgschaftsbanken genutzt. Neue Engagements und Engagementausweitungen sind grundsätzlich bis Rating-Klasse 7 des durch die Creditreform AG entwickelten 13-stufigen VDB-Ratingsystems möglich. Nur in begründeten Ausnahmefällen ist die Ratingklasse 8 sowie im Segment der Neugründungen die Ratingklasse 9 zugelassen. Die Kreditvergabe erfolgt dabei stets im Rahmen einer Einzelfallentscheidung unter Berücksichtigung der Bonität, Kreditwürdigkeit und Zukunftsaussichten der Kreditnehmer auf Basis der internen Arbeitsanweisungen zur Kreditprüfung.

Unter dem Aspekt der für alle mittelständischen Unternehmen und Angehörige der Freien Berufe jederzeit zugänglichen Förderbank verzichtet die BBT auf eine über die oben beschriebene Limitierung der Adressenausfallrisiken hinausgehende Steuerung nach Branchenschwerpunkten, geografischer Streuung oder Größenklassen. Signifikante Branchenrisiken bestanden aufgrund des breit diversifizierten Kreditgeschäftes der BBT bisher nicht.

Adressenausfallrisiken der Bürgschaftsbank im Bürgschafts- und Garantiegeschäft werden durch Einzel- und Pauschalwertrückstellungen in ausreichendem Umfang abgesichert.

Zur Minimierung der Adressenausfallrisiken bei den Eigenanlagen sind Festlegungen in der Anlagestrategie der Bank getroffen worden. Geld- und Kapitalmarktgeschäfte dürfen ausschließlich im „Investment-Grade“ Bereich (Moody ,s bis Baa 3, Standard & Poor ,s bis BBB-) getätigt werden. Anlagen in Tages- und Termingelder bzw. in Wertpapiere dürfen nur im Rahmen der durch die Geschäftsführung festgelegten Emittenten- und Kontrahentenlimite erfolgen.

Die Risikoquantifizierung des Adressenausfallrisikos beruhte bis zum 30.06.2025 auf einem internen Modell (Gordy-Modell). Die über das VDB-Rating zur Verfügung gestellten Wahrscheinlichkeiten zur Abbildung erwarteter Ausfälle wurden pro Ratingklasse unter Berücksichtigung eines konservativen Anpassungsfaktors ermittelt. Unerwartete Verluste bildete die Bank über ein Gordy-Modell ab, welches auch mögliche Konzentrationsrisiken innerhalb des Portfolios durch Verwendung marktgängiger Methoden (Herfindahl-Hirschmann-Index) mitberücksichtigt. Dem Risikoszenario lag ein Konfidenzniveau von 99,9 % zugrunde.

Ab dem dritten Quartal 2025 werden die Adressrisiken für das Bürgschafts- und Garantiegeschäft, die in der Säule 1 gemäß CRR mit Eigenmitteln zu unterlegen sind, nach der regulatorischen Risikomessung berücksichtigt. Hierfür werden die jeweils aus dem Risiko resultierenden Eigenmittelanforderungen (risikogewichteter Positionsbetrag multipliziert mit 8 %) angesetzt. Im adversen Stressszenario wird angenommen, dass sich durch Ratingklassenmigrationen das jeweilige Risikogewicht erhöht und damit einhergehend eine höhere Eigenkapitalunterlegung ergibt.

Im Rahmen des Risikomanagements wurde von der Bank hinsichtlich der Risikotragfähigkeit für das mit Adressenausfallrisiko behaftete Geschäft ein Limit im Standardszenario von T€ 7.000 festgesetzt, welches zum Bilanzstichtag mit T€ 6.381 zu 91,2 % ausgelastet war.

3.3.2 Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken bestehen für die Bank grundsätzlich von den von ihr getätigten Anlagen im Eigenbestand und im Spezialfonds. Dabei ist sichergestellt, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen klar definierter Rahmenbedingungen und Kompetenzregelungen getätigt werden. Für den Fonds besteht eine separate Anlagestrategie einschließlich Limitvorgaben („Anlagerichtlinien“), die regelmäßig überprüft und mit dem Fondsmanagement abgestimmt werden. Für die Ermittlung der Risiken der im Spezialfonds vorhandenen Anlagen wird eine Durchschau vorgenommen.

Da die im Bankportfolio befindlichen festverzinslichen Wertpapiere in der Regel bis zur Endfälligkeit gehalten werden, bestehen „echte“ Marktpreisrisiken hauptsächlich in den im Spezialfonds enthaltenen volatilen Aktienbeständen. Potenzielle Verlustrisiken aus Zins-, Spread- und Kursänderungen werden mindestens vierteljährlich analysiert.

Bis zum 30.06.2025 wurde für die Messung des Marktpreisrisikos ein Value at Risk mit Hilfe einer historischen Simulation und szenarioabhängigen Barwertveränderungen ermittelt. Die Risikomessung erfolgt im Standardszenario rollierend mit einer Haltedauer von 250 Tagen (12 Monaten) und einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent.

Ab dem dritten Quartal 2025 erfolgt die Quantifizierung der Zinsänderungsrisiken entsprechend den Vorgaben für die Meldung nach IRRBB. Im Rahmen der Berechnung werden die zinssensitiven Aktiva (Wertpapiere/Termingelder) entsprechend ihrer Restlaufzeit eingeordnet. Im Basisszenario wird durch eine Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um 200 Basispunkte nach oben der barwertige Effekt entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorgaben ermittelt. Zur Messung des Zinsänderungsrisikos im adversen Stresstest wird ein Zinsschock in Form einer Parallelverschiebung um 300 Basispunkte betrachtet.

Für den quantitativen Ansatz der Spread- und Aktienkursrisiken werden die für den LSI-Stresstest aufsichtlich normierten Parameter herangezogen. Da es sich hier um gestresste Werte handelt, werden im Basisszenario jeweils 50 % und im adversen Szenario jeweils 100 % der vorgegebenen Parameter berücksichtigt. Methodisch entspricht die Ermittlung der Spreadrisiken dem aufsichtsrechtlichen Vorgehen zur Ermittlung der Zinsänderungsrisiken im Rahmen des IRRBB. Bei den Aktienkursrisiken handelt es sich dabei um absolute Wertabschläge, die pauschal angesetzt werden; eine modellbasierte Ermittlung findet nicht statt.

Von der Bank wurde für das mit Marktpreisrisiken behaftete Geschäft ein Limit im Standardszenario von T€ 8.500 festgesetzt, welches zum Bilanzstichtag mit T€ 7.167 zu 84,3 % ausgelastet war.

3.3.3 Operationelle Risiken

Zur Identifizierung operationeller Risiken führt die Bank jährlich ein Self-Assessment durch. Die ermittelten Risiken werden im Rahmen dieser Risikopotenzialanalyse hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und den bei Risikoeintritt zu erwartenden Schäden analysiert.

Zur Erfassung der operationellen Risiken, das heißt die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten, nutzt die Bank eine Schadensfalldatenbank, in welcher alle Schadensfälle ab einer Bruttoschadenshöhe von T€ 5 erfasst, analysiert und gegebenenfalls Steuerungsmaßnahmen ergriffen werden. Anzahl und Umfang der bisher registrierten Schadensfälle sind sehr gering.

Die operationellen Risiken werden im Standardszenario in Höhe des aufsichtlich normierten Ansatzes STA (Artikel 311a ff. CRR III) mit T€ 767 angesetzt (Limit T€ 1.000). Im adversen Stresstest wird ein pauschaler Verlust hinzugerechnet (STA zzgl. T€ 400).

3.3.4 Liquiditätsrisiken

Da die eingegangenen Bürgschafts- und Garantiegeschäfte der Bank Eventualverbindlichkeiten sind, die grundsätzlich keine Liquidität oder Refinanzierung benötigen, wird das Liquiditätsrisiko als nicht wesentlich für die BBT eingeschätzt und daher nicht in die Risikotragfähigkeitsberechnung einbezogen. Eine angemessene Berücksichtigung in den Risikocontrolling- und Steuerungsprozessen der Bank ist gewährleistet.

Dem Risiko unerwarteter Liquiditätsabflüsse durch erhöhte Bürgschafts- bzw. Garantieinanspruchnahmen wird dadurch Rechnung getragen, dass jederzeit eine freie Mindestliquidität in Höhe von € 1 Mio. in Form von Sichtguthaben bzw. Tagesgeldern vorzuhalten ist. Darüber hinaus erstellt die Bank vierteljährlich eine detaillierte Liquiditätsplanung inklusive Stresstest auf monatlicher Basis für einen rollierenden Betrachtungszeitraum über 12 Monate. Im Rahmen der rollierenden Liquiditätsplanung wird im Stressszenario der Abfluss von liquiden Mitteln aufgrund verdoppelter Ausfallzahlungen simuliert.

Der Bestand an liquiden Mitteln betrug zum Bilanzstichtag € 3,6 Mio. Als Liquiditätsreserve wurden zudem der Spezialfonds über € 39,8 Mio. (Marktwert) und sechs Wertpapiere über nom. € 8,3 Mio. definiert.

Die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung wurde im Berichtsjahr stets eingehalten. Zum 30.11.2025 betrug sie 12,26 (erforderlich 1,0).

3.3.5 Sonstige Risiken

Den Mindestanforderungen an das Risikomanagement entsprechend analysieren wir weitere Risikoarten (z.B. Reputationsrisiken, Ertragsrisiken, strategisches Risiken). Die Wesentlichkeit dieser Risiken wird von uns regelmäßig im Rahmen der Risikoinventur überprüft. Aktuell stufen wir alle sonstigen Risiken als aufsichtsrechtlich unwesentlich ein.

3.4. Zusammenfassung

Die von der Bank verwendeten Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken sind angemessen auf den Geschäftsbetrieb der Bank sowie auf die Art und die Komplexität der Geschäfte der Bank ausgerichtet. Die Risikotragfähigkeit war im abgelaufenen Geschäftsjahr in den von uns definierten Standard- und Stressszenarien jederzeit gegeben. Die Berechnung der Risikotragfähigkeit ergab zum Bilanzstichtag im Standardszenario eine Auslastung des Gesamtbanklimits von T€ 16.500 mit 86,8 %.

Nach dem derzeitigen Planungsstand ist die Risikotragfähigkeit angesichts der laufenden Ertragskraft und der Vermögenssituation der Bank auch im Berichtszeitraum 2026 gegeben.

4. Chancen- und Prognosebericht

Das im Vorjahr im Prognosebericht erwartete Neugeschäft für 2025 (€ 40 Mio.) konnte mit € 37,3 Mio. nicht ganz erreicht werden. Mit Rückgaben, Sondertilgungen und Ausfällen lag der Bürgschafts- und Garantiebestand (€ 245,3 Mio.) zum Bilanzstichtag leicht über Plan (€ 244,3 Mio.). Die prognostizierten Zahlen bei den Provisionserträgen (rd. T€ 3.700) konnten mit T€ 3.584 dagegen nicht erreicht werden.

Gemäß aktueller Frühjahrsprognose der führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute erholt sich die Wirtschaft dieses Jahr nur leicht. 2026 wird mit einem Anstieg des BIP um 0,6 und für 2027 wird mit einem Plus von 0,9 Prozent gerechnet.

Getragen wird das Wirtschaftswachstum von staatlichen Ausgaben. Die im Vergleich zur Herbstprognose deutlich reduzierten Zahlen hängen ursächlich mit den infolge des Iran-Krieges stark gestiegenen Energiekosten und den damit verbundenen Kaufkraftverlusten zusammen.

Schon immer wurde dem Aspekt eines nachhaltigen Geschäftsmodells bei der Kreditvergabe große Beachtung in der Bank geschenkt. Bei Bürgschaften und Garantien werden ESG - Kriterien aus den Bereichen Umwelt (Environmental), soziales (Social) und verantwortungsvolle Unternehmensführung (Governance) berücksichtigt. Sie dürften neben den betriebswirtschaftlichen Aspekten zukünftig eine größere Rolle spielen und neben zusätzlichem administrativem Aufwand auch neue Geschäftsmöglichkeiten eröffnen.

Dies vorausgeschickt gehen wir für 2026 von einem Neugeschäft von € 40 Mio. aus. Der Bestand an Bürgschaften und Garantien wird sich voraussichtlich weiter reduzieren (Plan € 240,7 Mio.).

Das Zinsergebnis wird sich aufgrund der in den letzten beiden Jahren getätigten Neuanlagen mit höheren Zinsen verbessern.

Für 2026 wird von steigenden Provisionserträgen aus dem Bürgschafts- und Garantiegeschäft (T€ +71), einem sinkenden Geschäftsbesorgungsentgelt der MBGT (T€ -207) sowie von einem höheren Zinsergebnis inklusive Fondsausschüttung (T€ +584) ausgegangen. Wie in den Vorjahren wurde für 2026 zunächst eine Teilausschüttung aus dem Spezialfonds (T€ 585) eingeplant. Die Personalkosten werden sich aufgrund von Tariferhöhungen erhöhen (T€ +122). Bei den Sachkosten wird ebenso mit einem deutlichen Anstieg (T€ +258) gerechnet. Grund hierfür sind stark steigende IT Kosten aufgrund gemeinsam geplanter Projekte der Bürgschaftsbanken.

Für 2026 wird ein Betriebsergebnis vor Bewertung in Höhe von T€ 1.235 erwartet, welches leicht unter dem Wert für 2025 liegt (T€ 1.250). Für das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft (Plan T€ -1.200) wird eingeschätzt, dass sich dieses weiterhin auf dem Niveau der beiden Vorjahre bewegen wird. Für Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden aufgrund von Kurserholungen Zuschreibungen von rd. T€ 140 geschätzt. Für das Geschäftsjahr 2026 wird mit einem positiven Ergebnis von T€ 175 (Vorjahr T€ 188) gerechnet

Durch die Rückbürgschafts-/Rückgarantieerklärungen von Bund und Land für den Zeitraum vom 01.01.2023 bis 31.12.2027 sowie die De-minimis-Verordnung der EU ab 01.01.2024 sind die Grundlagen für unsere Fördertätigkeit weiterhin gegeben.

Am 28. Februar 2026 trat ein militärischer Konflikt zwischen Israel und den USA einerseits und dem Iran andererseits ein. Der Kriegsausbruch hat den Druck auf Lieferketten erhöht und zu steigenden Energiepreisen sowie zu Reaktionen auf den Rohstoff- und Finanzmärkten geführt. Dieses Ereignis hatte keinen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage zum 31. Dezember 2025, kann jedoch aufgrund möglicher Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit und die Wirtschaftlichkeit unserer Kunden und in der Folge - wenn auch zeitverzögert - auf das Bürgschafts- und Garantiegeschäft haben und somit die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung der Bank beeinträchtigen.

Wesentliche Risiken für die Geschäftsentwicklung der BBT werden derzeit nicht gesehen.

Erfurt, 27. März 2026

Bürgschaftsbank Thüringen GmbH

Michael Burchardt

Stefan Schneider

Bilanz

zum 31. Dezember 2025

Aktiva

		31.12.2025	31.12.2024
	EUR	EUR	EUR
1. Barreserve		789,36	1.010,57
a) Kassenbestand			
2. Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig	3.615.238,39		2.846.757,84
b) andere Forderungen	7.517.181,94	11.132.420,33	10.082.297,50
3. Forderungen an Kunden		314.588,45	304.682,20
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			
a) Anleihen und Schuldverschreibungen			
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00		0,00
ab) von anderen Emittenten	19.501.233,52	19.501.233,52	17.713.277,02
darunter:			
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR (4.287.705,55) (Vorjahr EUR 5.186.974,19)			
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		24.171.131,88	24.171.131,88
6. Beteiligungen		56.629,19	56.629,19
7. Immaterielle Anlagewerte			
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		139.692,98	131.050,00
8. Sachanlagen		103.194,03	100.752,93
9. Sonstige Vermögensgegenstände		28.406,55	40.248,67
Summe der Aktiva		55.448.086,29	55.447.837,80

Passiva

	EUR	31.12.2025 EUR	31.12.2024 EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
a) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		0,00	0,00
2. Sonstige Verbindlichkeiten		452.409,73	592.547,63
3. Rechnungsabgrenzungsposten		622,50	2.161,31
4. Rückstellungen			
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	977.423,00		1.042.690,00
b) andere Rückstellungen	13.172.613,29	14.150.036,29	13.189.630,31
5. Fonds für allgemeine Bankrisiken		11.500.000,00	11.500.000,00
6. Eigenkapital			
a) Gezeichnetes Kapital	12.946.300,00		12.946.300,00
b) Gewinnrücklagen			
ba) satzungsmäßige Rücklagen	16.210.888,55		15.763.714,68
c) Bilanzgewinn	187.829,22	29.345.017,77	447.173,87
Summe der Passiva		55.448.086,29	55.447.837,80
1. Eventualverbindlichkeiten Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		221.807.479,13	230.249.090,53
2. Andere Verpflichtungen unwiderrufliche Kreditzusagen		10.744.425,12	10.416.471,15

Gewinn- und Verlustrechnung

01. Januar bis 31. Dezember 2025

AUFWENDUNGEN	EUR	31.12.2025 EUR	31.12.2024 EUR
1. Zinsaufwendungen		0,00	0,00
2. Provisionsaufwendungen		13.093,75	13.882,73
3. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			
aa) Löhne und Gehälter		2.283.829,44	2.228.067,28
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung EUR 97.784,81 (Vorjahr EUR 87.071,90)		484.325,09	469.280,33
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>1.452.128,93</u>	<u>1.346.518,05</u>
		4.220.283,46	4.043.865,66
4. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		78.959,03	34.304,58
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen		127.769,97	272.313,77
6. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		1.060.230,46	774.146,22
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		1.840,00	0,00
8. Sonstige Steuern, soweit nicht unter sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen		738,00	3.467,88
9. Jahresüberschuss		187.829,22	447.173,87
Summe der Aufwendungen		5.690.743,89	5.589.154,71
1. Jahresüberschuss		187.829,22	447.173,87
2. Einstellungen in satzungsmäßige Rücklagen		-187.829,22	-447.173,87
3. Bilanzgewinn		0,00	0,00

ERTRÄGE		31.12.2025	31.12.2024
	EUR	EUR	EUR
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	216.675,04		250.809,02
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	279.205,08	495.880,12	193.693,75
2. Provisionserträge		3.584.153,15	3.618.755,41
3. Erträge aus Zuschreibungen auf wie An- lagevermögen behandelte Wertpapiere		0,00	10.800,00
4. Sonstige betriebliche Erträge		1.610.710,62	1.515.096,53
Summe der Erträge		5.690.743,89	5.589.154,71

Anhang

I. Allgemeine Angaben und Erläuterungen

Die Bürgschaftsbank Thüringen GmbH (BBT) hat ihren Sitz in Erfurt und ist eingetragen in das Handelsregister beim Amtsgericht Jena (HRB 102250).

Die BBT gehört zu den Kreditinstituten, die Bankgeschäfte gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 8 KWG betreiben.

Die Erstellung des Jahresabschlusses erfolgte unter Beachtung der allgemeinen Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der besonderen Vorschriften des HGB für Kreditinstitute (§§ 340 ff. HGB) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV). Für die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde die Kontoform gewählt.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Barreserve ist mit dem Nennwert angesetzt.

Die Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sind mit dem Nennwert angesetzt.

Der Posten „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ beinhaltet so-wohl Wertpapiere, die der Liquiditätsreserve zugeordnet sind als auch Wertpapiere, die dem Anlagebestand zugeordnet sind. Die Wertpapiere des Anlagevermögens werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Eine dauerhafte Wertminderung bei einzelnen Wertpapieren war nicht zu verzeichnen. Zu den dadurch vermiedenen Abschreibungen verweisen wir auf die Erläuterungen unter Abschnitt III. Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden zum Stichtag mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet.

Der Posten „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ beinhaltet den Spezialfonds, der der Liquiditätsreserve zugeordnet ist und wie Umlaufvermögen behandelt wird. Er ist zu Anschaffungskosten angesetzt und nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Dabei werden die von der Depotbank bzw. Kapitalanlagegesellschaft zur Verfügung gestellten Bewertungen bzw. Anteilswerte des Investmentfonds zum Bilanzstichtag herangezogen.

Die Bewertung der Beteiligungen erfolgt zu Anschaffungskosten.

Die Immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen sind zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, aktiviert. Die Abschreibungen werden linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer, die sich an den von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen orientiert, vorgenommen. Die im Geschäftsjahr zugegangenen Sachanlagen wurden pro rata temporis abgeschrieben.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten zwischen 250 Euro und 1.000 Euro netto wurden in einem Sammelposten zusammengefasst und werden gleichmäßig über einen Zeitraum von fünf Jahren abgeschrieben.

Die in den sonstigen Vermögensgegenständen enthaltenen Forderungen sind zum Nennwert angesetzt.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem jeweiligen Erfüllungsbetrag passiviert.

Die Rückstellungen tragen allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen Rechnung und sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung ausreichend bemessen.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der „Richttafeln 2018 G“ (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde. Die Verpflichtungen werden mittels Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) angesetzt. Der bei der Abzinsung der Pensionsrückstellungen angewendete Zinssatz von 2,06 % wurde unter Inanspruchnahme der Vereinfachungsregel gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren festgelegt. Bei der Bewertung werden Trendannahmen für die relevanten Größen, die sich auf die Leistungshöhe auswirken, berücksichtigt. So wurde für den Rententrend 2,5 % p.a. berücksichtigt.

Allen erkennbaren Risiken aus dem Bürgschafts- und Garantiegeschäft wird durch die Bildung von Einzelrückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Im Berichtsjahr wurden Einzelrückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem ihrer durchschnittlichen Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst. Der sich aus der Veränderung zum Vorjahr ergebende Zinsbetrag wird unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Das latente Risiko aus dem Bürgschafts- und Garantiegeschäft wird durch Pauschalrückstellungen abgedeckt. Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigungen für die latenten Kreditrisiken erfolgte gemäß IDW RS BFA 7 unter Verwendung des VDB-Ratingsystems und der ermittelten Ein-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten und der Eigenrisiken im Kreditbestand.

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute gebildet.

Das Eigenkapital ist mit dem Nennbetrag angesetzt.

Unter den Eventualverbindlichkeiten werden Verpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien mit den valutierenden Beträgen abzüglich gebildeter Einzel- und Pauschalrückstellungen zum Bilanzstichtag ausgewiesen.

Unter den anderen Verpflichtungen werden Verpflichtungen aus unwiderruflichen Bürgschafts- und Garantiezusagen ausgewiesen.

Der Jahresabschluss wurde unter Berücksichtigung der vollständigen Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt.

III. Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

Von den Forderungen an Kreditinstitute (T€ 11.132 ; Vorjahr T€ 12.929) bestehen T€ 7.039 an Banken, die Gesellschaftsanteile an der BBT halten. Bei den Schuldnern handelt es sich um inländische Kreditinstitute.

Die täglich fälligen Forderungen an Kreditinstitute (T€ 3.615 ; Vorjahr T€ 2.847) enthalten Sichteinlagen und Tagesgelder.

Die anderen Forderungen an Kreditinstitute (T€ 7.517; Vorjahr T€ 10.082) beinhalten Festgeldanlagen einschließlich der abgegrenzten Zinsen. Die Restlaufzeiten gliedern sich wie folgt auf:

	bis 3 Monate T€	mehr als 3 Monate bis ein 1 Jahr T€	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre T€	mehr als 5 Jahre T€
Andere Forderungen an Kreditinstitute	0	1.000	6.500	0
(Vorjahr)	(0)	(5.500)	(3.500)	(1.000)

Anteilige Zinsen (T€ 17), die erst nach dem Bilanzstichtag fällig werden, wurden nicht nach den Restlaufzeiten gegliedert.

Die Forderungen an Kunden (T€ 314; Vorjahr T€ 305) betreffen mit T€ 168 Forderungen an die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH aus der Abrechnung für die Geschäftsbesorgung und mit T€ 146 Forderungen aus Provisionen und Bearbeitungsgebühren an Bürgschafts- und Garantiennehmer; alle Forderungen haben eine Laufzeit unter drei Monaten.

Unter Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (T€ 19.501 ; Vorjahr T€ 17.713) werden 16 Inhaberschuldverschreibungen und zwei Hypothekenspfandbriefe von inländischen Kreditinstituten einschließlich abgegrenzter Zinsen ausgewiesen. Alle Wertpapiere sind börsenfähig. Zwei Wertpapiere über insgesamt nom. T€ 2.500 sind börsennotiert. Sechs Wertpapiere dienen als Liquiditätsreserve; für diese wurden zum Bilanzstichtag Zuschreibungen in Höhe von T€ 170 vorgenommen. Zwölf Wertpapiere sind dem Anlagebestand zugeordnet; bei einem Buchwert in Höhe von insgesamt T€ 11.655 und einem beizulegenden Zeitwert von T€ 11.205 wird unter Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips auf Abschreibungen in Höhe von insgesamt T€ 480 verzichtet, da sich die Bonität der Emittenten nicht verschlechtert hat und die Wertminderung zum Bilanzstichtag ausschließlich zinsinduziert ist. Bei zwei dem Anlagebestand zugeordneten Wertpapieren bestehen zum Stichtag stille Reserven von T€ 29. Ein im Geschäftsjahr 2025 über Pari (über Nennwert) erworbenes Wertpapier des Anlagebestands wird ratierlich über die Restlaufzeit bis zur Fälligkeit im Jahr 2033 abgeschrieben; für 2025 ergab sich daraus eine anteilige Abschreibung von 2 T€.

Wir beabsichtigen die Wertpapiere grundsätzlich bis zur Endfälligkeit zu halten. In 2025 war ein Wertpapier endfällig, dabei wurde ein Kursgewinn von T€ 21 generiert. In 2026 ist ein Wertpapier über nom. T€ 1.000 fällig.

Die Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (T€ 24.171; Vorjahr T€ 24.171) betreffen ausschließlich den für die BBT aufgelegten und durch die Universal-Investment-Gesellschaft mbH verwalteten Spezialfonds, der der Liquiditätsreserve zugeordnet ist. Der Anlageschwerpunkt des Spezialfonds liegt auf festverzinslichen Wertpapieren (Rentenpapiere) von bonitätsseitig einwandfreien Emittenten (überwiegend Bund bzw. deutsche Bundesländer und Pfandbriefe deutscher Banken) und Staatsanleihen (inkl. Schatzanweisungen) von definierten Ländern des Euro-Raums (entsprechend Anlagerichtlinien). Gemäß den vorgegebenen Anlagerichtlinien dürfen Aktien (nur DAX-, MDAX- und EURO-STOXX 50 Werte) bis max. 30 % - unter Hinzurechnung der Unternehmensanleihen max. 40 % des Fondsvolumens zur Nutzung von besseren Renditechancen beigemischt werden. Eine Ausschüttung für den Fonds wurde analog den Vorjahren in 2025 nicht vorgenommen. Der Wert des Spezialfonds betrug zum 31. Dezember 2025 T€ 40.037; die Kurswertreserven betragen zum Bilanzstichtag T€ 15.195 (Vorjahr: T€ 12.687). Die Rückgabe von Fondsanteilen unterliegt keinen Beschränkungen. Die Fondsanteile des BBT-Universal-Fonds sind nicht börsenfähig.

Die Beteiligungen (T€ 57; Vorjahr 57) sind unverändert. Die BBT hält an der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH (MBGT) mit Sitz in Erfurt einen Anteil von T€ 51, dies entspricht einem Anteilsbesitz von 0,51 %. Die MBGT wird vollumfänglich durch die BBT geschäftsbesorgt. Das Eigenkapital der MBGT beträgt zum 31.12.2025 T€ 31.699, das Jahresergebnis 2025 T€ 997. Die BBT hält zudem einen Anteil von T€ 6 an der Bundeskreditgarantiegemeinschaft des Handwerks GmbH (BKGG) mit Sitz in Berlin, dies entspricht einem Anteilsbesitz von 1,66 %. Die Beteiligung an der BKGG dient vordergründig zur Erfüllung der Aufgaben einer Bürgschaftsbank (Fördergedanke) und damit einem langfristigen strategischen Zweck.

Bei den Immateriellen Anlagewerten (T€ 140; Vorjahr T€ 131) handelt es sich um entgeltlich erworbene Software.

Unter den Sachanlagen (T€ 103; Vorjahr T€ 101) werden Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung und Hardwarekomponenten ausgewiesen.

Die Entwicklung des Anlagevermögens im Berichtsjahr ist aus dem Anlagespiegel (Anlage zum Anhang) ersichtlich. Die sonstigen Vermögensgegenstände (T€ 28; Vorjahr T€ 40) beinhalten Forderungen ans Finanzamt aus Umsatzsteuer.

Passiva

Die sonstigen Verbindlichkeiten (T€ 593; Vorjahr T€ 177) enthalten im Wesentlichen eingegangene Regresszahlungen zur Weiterleitung an die Rückbürgen (T€ 271), Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit Restlaufzeiten bis zu drei Monaten (T€ 262), Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag sowie aus Altersversorgung (T€ 30).

Den Pensionsrückstellungen (T€ 1.006; Vorjahr T€ 1.043) liegen individuelle Einzelverträge zugrunde. Der bei der Abzinsung der Pensionsrückstellungen angewandte Zinssatz von 1,9 % wurde unter Inanspruchnahme der Vereinfachungsregel nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre (im Vorjahr 1,82) festgelegt. Die Differenz zum Erfüllungsbetrag, die sich unter Anwendung des durchschnittlichen Marktzinses der vergangenen sieben Geschäftsjahre von 1,96 % ergibt, beträgt T€ -6. Bei einem negativen Unterschiedsbetrag entfällt die Ausschüttungssperre.

Die anderen Rückstellungen (T€ 13.190; Vorjahr T€ 13.242) betreffen mit T€ 12.774 hauptsächlich Einzel- und Pauschalrückstellungen für die Risikovorsorge bei Bürgschaften und Garantien. Darüber hinaus bestehen Rückstellungen für Personalvergütungen, für Kosten für die Jahresabschlussprüfung, für Beiträge zur Berufsgenossenschaft, für Betriebsjubiläen, für ausstehende Rechnungen sowie für Archivierungskosten.

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken beträgt unverändert T€ 11.500 (Vorjahr T€ 11.500).

Das Stammkapital beträgt per 31. Dezember 2024 € 12,9 Mio. Es ist voll eingezahlt. Der für das Geschäftsjahr 2024 ausgewiesene Jahresüberschuss von T€ 447 wurde gemäß Gesellschaftsvertrag in die satzungsmäßige Rücklage eingestellt und erhöht diese auf T€ 16.211.

Angaben unter dem Bilanzstrich

Die unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Haftungsverhältnisse betreffen Bürgschafts- und Garantieübernahmen für kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und für Angehörige der freien Berufe. Die Risiken wurden im Zuge von Einzelbewertungen der Bonität dieser Kunden beurteilt. Die ausgewiesenen Beträge zeigen nicht die zukünftig aus diesen Verträgen zu erwartenden tatsächlichen Zahlungsströme, da die überwiegende Anzahl der Eventualverbindlichkeiten und anderen Verpflichtungen nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme auslaufen wird. Bei den ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten handelt es sich um die im Rahmen des Gesellschaftszweckes übernommenen Kreditbürgschaften und Garantien. Für die Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen bestehen Rückbürgschaften und Rückgarantien des Bundes und des Freistaates Thüringen.

Der Gesamtbetrag der am Bilanzstichtag ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten beträgt nach Abzug der Einzel- und Pauschalrückstellungen T€ 221.807 (Vorjahr T€ 230.249); dafür bestehen Rückbürgschaften und -garantien des Bundes und des Freistaates Thüringen in Höhe von T€ 168.191 (Vorjahr T€ 178.338).

Die unwiderruflichen Kreditzusagen (T€ 10.744; Vorjahr T€ 10.416) beinhalten zum Bilanzstichtag nicht valutierende Bürgschaften und Garantien, für die die Urkunden bereits herausgelegt wurden, für die aber von den Hausbanken noch keine Vertragsabschlussbestätigung abgegeben wurde. Für diese Bürgschaften und Garantien bestehen Rückbürgschaften und -garantien des Bundes und des Freistaates Thüringen in Höhe von T€ 7.224 (Vorjahr T€ 6.904).

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (T€ 128; Vorjahr T€ 272) betreffen im Wesentlichen nichtabzugsfähige Vorsteuer (T€ 57), sonstige Personalkosten (u.a. für betriebliches Gesundheitsmanagement) T€ 38 sowie Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung für die Pensionsrückstellungen (T€ 18).

Von den Zinserträgen (T€ 496; Vorjahr T€ 445) entfallen T€ 217 auf Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften und T€ 279 auf Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren.

Die Provisionserträge (T€ 3.584; Vorjahr T€ 3.619) beinhalten mit T€ 3.202 Bürgschafts- bzw. Garantieprovisionen und mit T€ 382 Bearbeitungsgebühren.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen (T€ 1.611; Vorjahr T€ 1.515) sind neben der Vergütung von T€ 1.377, die die Bank für die Geschäftsbesorgung der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH für 2025 erhalten hat (Vorjahr T€ 1.260), vor allem Zinserträge aus der Abzinsung von Kreditrückstellungen (T€ 139) sowie Auflösungen von Rückstellungen (T€ 30) enthalten.

V. Sonstige Pflichtangaben

Die BBT verwaltet als Dienstleistung für Bund und Land, KfW und im eigenen Interesse Regressforderungen aus abgerechneten Bürgschaften und Garantien von insgesamt € 104,3 Mio. (Vorjahr € 106,1 Mio.), aus Mitarbeiterbeteiligungsgarantien von insgesamt € 1,5 Mio. (Vorjahr € 1,9 Mio.) sowie aus Leasing Bürgschaften EIF von insgesamt T€ 20,3 (Vorjahr € 20,3).

Die Forderungen an und aus eingegangenen Haftungsverhältnissen betragen für ein Mitglied des Verwaltungsrates T€ 88 (ein Bürgschaftsengagement).

Im Durchschnitt des Geschäftsjahres 2025 waren - ohne Geschäftsführung - 29 Mitarbeiter (darunter vier Teilzeitkräfte und eine geringfügig Beschäftigte) beschäftigt.

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beträgt für Abschlussprüfungsleistungen

- T€ 66,
- sonstige Leistungen T€ 7.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen resultieren aus langfristig laufenden Mietverträgen für die Geschäftsräume der BBT bis zum Jahr 2032. Diese betragen zunächst T€ 271 in 2026 und steigen jährlich sukzessive bis 2032 auf T€ 281 an.

Organe der Gesellschaft

a) Geschäftsführung

Die Geschäftsführung bestand im Berichtsjahr aus

- Dipl.-oec. Michael Burchardt
Verantwortlich für die Geschäftsbereiche Kredit, Rechnungswesen/Controlling, Gesamtbanksteuerung, Personal, Revisionsbeauftragter

- Dipl.-Betriebswirt (FH) Stefan Schneider
Verantwortlich für die Geschäftsbereiche Beteiligungen, Forderungsmanagement, Betriebsmanagement/IT

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Für Pensionsverpflichtungen früherer Mitglieder der Geschäftsführung und ihrer Hinterbliebenen sind zum Bilanzstichtag insgesamt T€ 747 zurückgestellt; die laufenden Bezüge für diese betragen T€ 47.

b) Verwaltungsrat

Die ordentlichen Mitglieder und ihre Stellvertreter sind in der Anlage zum Anhang benannt. Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten in 2024 Aufwandsentschädigungen in Höhe von T€ 4.

c) Bewilligungsausschuss

In der Bank besteht ein Bewilligungsausschuss, der sich aus neun ordentlichen Mitgliedern mit jeweils einem 1. und 2. Stellvertreter - bis auf ein namentlich nicht benanntes Mitglieder vom Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Landwirtschaft und ländlichen Raum - zusammensetzt (siehe Anlagen zum Anhang).

Die Tätigkeit im Bewilligungsausschuss ist ehrenamtlich. Die Mitglieder erhalten eine vom Verwaltungsrat festgesetzte pauschale Aufwandsentschädigung sowie Fahrtkostenerstattungen. Im Berichtsjahr erhielten die Mitglieder des Bewilligungsausschusses insgesamt T€ 8.

Erfurt, 20. März 2026

Bürgschaftsbank Thüringen GmbH

Michael Burchardt

Stefan Schneider

Besetzung des Verwaltungsrates

a) vorgeschlagen von den an der Gesellschaft beteiligten Wirtschaftsorganisationen - 6 Mitglieder

Wirtschaftsorganisation	Mitglied	Stellvertreter
Industrie- und Handelskammer Erfurt Erfurt	stellvertr. Vorsitzender	
Industrie- und Handelskammer Südthüringen Suhl	Thomas Malcherek Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Erfurt	Carsten Bonß Betriebsberater Handwerkskammer Südthüringen Suhl
Industrie- und Handelskammer Ostthüringen Gera	Dr. Cornelia Haase-Lerch Hauptgeschäftsführerin der Industrie- und Handelskammer Erfurt	Dr. Ralf Pieterwas Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Südthüringen Suhl
Handwerkskammer Erfurt Erfurt	Dipl.-Ing. Olaf Horn Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur Apolda	Karsten Sachse Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer für Ostthüringen Gera
Handwerkskammer für Ostthüringen Gera		
Handwerkskammer Südthüringen Suhl	Dr. Thomas Könnecke Präsident des Landesverbandes für Groß-/Außenhandel und Dienstleistungen Thüringen e.V. Erfurt	Dr. Jana Zimmermann Vizepräsidentin des Landesverbandes für Groß-/Außenhandel und Dienstleistungen Thüringen e.V. Erfurt
Verband der Wirtschaft Thüringens e.V. Erfurt		
Handelsverband Thüringen - Der Einzelhandel e.V. Erfurt	Dr. Matthias Krefit Hauptgeschäftsführer Verwaltung und Verbandsorganisation Verband der Wirtschaft Thüringens e.V. Erfurt	Dr. Herbert Becherer Präsident der Steuerberaterkammer Thüringen Gotha
Landesverband Groß-/ Außenhandel und Dienstleistungen Thüringen e.V. Erfurt		
CDH Mitte - Wirtschaftsverband für Handelsvermittlung und Vertrieb Hessen, Thüringen und Rheinland-Pfalz e.V. Frankfurt		
Allgemeiner Arbeitgeberverband Thüringen e.V. Erfurt	Arnold Senft Präsident, Handelsverband Thüringen-Der Einzelhandel e.V. Erfurt	Siegmar Richter Vizepräsident, Handelsverband Thüringen-Der Einzelhandel e.V. Erfurt
Fachverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Hessen, Thüringen e.V. Wiesbaden		
Steuerberaterkammer Thüringen Erfurt		
Landesverband der Freien Berufe Thüringen e.V. Weimar		

b) vorgeschlagen von den an der Gesellschaft beteiligten Kreditinstituten - 6 Mitglieder

Wirtschaftsorganisation	Mitglied	Stellvertreter
Landesbank Hessen-Thüringen, Girozentrale Frankfurt am Main	Vorsitzender	
	<p>Hans-Georg Dorst Vorstandsvorsitzender, Sparkasse Mittelthüringen Erfurt</p> <p>Uwe Höppner Abteilungsleiter der Landesbank Hessen-Thüringen Erfurt</p>	<p>Carsten Sprenger Vorstandsmitglied der Kreissparkasse Saalfeld- Rudolstadt Saalfeld</p> <p>Ralf Kompe stv. Direktor Restructuring II Landesbank Hessen-Thüringen Erfurt</p>
Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main UniCredit Bank AG, München Commerzbank AG, Frankfurt am Main Bankhaus Max Flessa KG, Schweinfurt	<p>Annett Maier Teamleiterin Small Business Clients Sachsen/Sachsen- Anhalt/Thüringen UniCredit Bank AG Jena</p>	<p>Jens Stiebner Direktor der Flessabank-Niederlassung Erfurt, Bankhaus Max Flessa KG Schweinfurt</p>
	<p>Dirk Stoffregen Leiter der Niederlassung Erfurt der Commerzbank AG, Mittelstandsbank Erfurt (ab 24.05.2024)</p>	<p>Dr. Tanja Zschach Marktgebietsleiterin Firmenkunden Thüringen, Deutsche Bank AG Erfurt (ab 24.05.2024)</p>
DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main	<p>Katrin Siebert Abteilungsleiterin Firmenkundengeschäft Sachsen/ Thüringen DZ BANK AG, Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank Leipzig</p>	<p>Kay Kakuschke Abteilungsleiter Seniorkundenbetreuer Firmenkundengeschäft, DZ BANK AG, Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank Leipzig</p>
	<p>Torsten Narr Vorstandsvorsitzender, Volksbank eG Gera • Jena • Rudolstadt Jena</p>	<p>Falko Gaudig Vorstandsmitglied Volksbank eG Gera • Jena • Rudolstadt Rudolstadt</p>

c) vorgeschlagen von der an der Gesellschaft beteiligten Versicherungsgesellschaft - 1 Mitglied

Wirtschaftsorganisation**Mitglied****Stellvertreter**

SIGNAL-IDUNA Beteiligungsgesellschaft
für Bürgschaftsbanken und Kreditgemein-
schaften mbH Hamburg

Suheel Shraim
Organisationsdirektor der SIGNAL IDUNA
Gruppe, Organisationsdirektor München

Matthias Frank
Gebietsdirektor der SIGNAL IDUNA
Gruppe, Leipzig

d) entsendet durch die an der Gesellschaft beteiligte Thüringer Aufbaubank - 1 Mitglied

Thüringer Aufbaubank, Anstalt des
öffentlichen Rechts | Erfurt

Eckhard Hassebrock
Mitglied des Vorstandes, Thüringer Auf-
baubank | Erfurt

Thomas Grimmer
Bereichsleiter Kreditanalyse & Finanzen
Thüringer Aufbaubank | Erfurt

Mitglieder des Bewilligungsausschusses

Organisation	Mitglied	1. Stellvertreter	2. Stellvertreter
a) Wirtschaftsorganisationen 3 Mitglieder			
Thüringer Industrie- und Handelskammern	Falk Hundertmark Existenzgründung und Unternehmensförderung der Industrie und Handelskammer Ostthüringen zu Gera	Annegret Klein Senior-Referentin Unternehmensberatung der IHK Südthüringen Suhl	Jörn Fröbel Teamleiter Gründung und Nachfolge/ Unternehmenssicherung/ Finanzierung IHK Erfurt
Thüringer Handwerkskammern	Sebastian Ratz Abteilungsleiter Betriebsberatung HWK Erfurt	Carsten Bonß Abteilungsleiter Betriebsberatung HWK Südthüringen Suhl	Carsten Mogk Referatsleiter Wirtschaftsförderung/Standortpolitik der HWK für Ostthüringen
Landesverband Groß-/Außenhandel und Dienstleistungen Thüringen e.V. Erfurt Steuerberaterkammer Thüringen Erfurt Ingenieurkammer Thüringen	Dipl.-Ing. Ingo Steinbrecher Steuerberater Vizepräsident der Steuerberaterkammer Thüringen Erfurt	Dipl.-Ing. Olaf Horn Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur Apolda	Udo Lindenlaub Regionalpräsident Fachverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Hessen-Thüringen e.V.
b) Kreditinstitute (3 Mitglieder)			
Landesbank Hessen-Thüringen	Marco Jacob Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Arnstadt- Ilmenau	Andreas Hohlfeld Vorstandsmitglied der Sparkasse Altenburger Land Altenburg	Sven Hauschild Vorstandsmitglied der Sparkasse Arnstadt-Ilmenau
Ostdeutscher Bankenverband	Nico Linke Niederlassungsleiter der Commerzbank AG Jena	Karina Bleek stellv. Abteilungsleiterin Kreditspezialistin im Geschäftskundencenter - Kleine und Mittlere Unternehmen UniCredit Bank AG Erfurt	Stefan Martin Leiter Geschäftskunden Thüringen, Firmenkunden Deutschland, Deutsche Bank AG Erfurt
DZ Bank AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank	Torsten Narr Mitglied des Vorstandes der Volksbank eG Gera-Jena-Rudolstadt Rudolstadt	Peter Herbst Mitglied des Vorstandes der Nordthüringer Volksbank eG	Martina Kopietz Mitglied des Vorstandes der Volksbank Thüringen Mitte Suhl

Mitglieder des Bewilligungsausschusses

Organisation	Mitglied	1. Stellvertreter	1. Stellvertreter
c) Thüringer Aufbaubank (1 Mitglied)			
Thüringer Aufbaubank	Guido Zacher Bereich Unternehmen und Banken Thüringer Aufbaubank Erfurt	Jan Güssow Bereich Unternehmenskommunikation Thüringer Aufbaubank Erfurt	Thomas Gröger Bereich Rechnungswesen und Kredit Thüringer Aufbaubank Erfurt
d) Ministerium für Wirtschaft des Landes (1 Mitglied)			
Wirtschaftsministerium	n.n.	Andreas Beutel Referent Wirtschaftsförderung	(namentlich unbenannt) Referent/ Sachbearbeiter des Referates Wirtschaftsförderung
d) Ministerium für Finanzen des Landes (1 Mitglied)			
Finanzministerium	Andreas Rohwer Leiter des Bürgschaftsreferats	Christian Heinze stv. Leiter des Bürgschaftsreferats	(namentlich unbenannt) Bevollmächtigung einer weiteren Person des Thüringer Finanzministeriums

Anlagespiegel

zum 31. Dezember 2025

ANSCHAFFUNGSKOSTEN	Stand am 01.01.2025 EUR	Zugänge EUR	Abgänge	Stand am 31.12.2025 EUR
Immaterielle Anlagenwerte				
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	443.882,65	176.117,20	0,00	619.999,85
b) geleistete Anzahlungen	118.800,00	0,00	U 118.800,00	0,00
Sachanlagen	263.464,99	32.725,91	4.740,69	291.450,21
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere *)	8.249.925,00	3.529.000,00	0,00	11.778.925,00
Beteiligungen	56.629,19	0,00	0,00	56.629,19
Summe	9.132.701,83	3.737.843,11	123.540,69	12.747.004,25

ABSCHREIBUNGEN	Stand am 01.01.2025 EUR	Abschreibungen EUR	Änderungen der kumul. Abschrwg. Zu-/ Abgängen EUR	Stand am 31.12.2025 EUR
Immaterielle Anlagenwerte				
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	431.632,65	48.674,22	0,00	480.306,87
b) geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Sachanlagen	162.712,06	30.284,81	-4.740,69	188.256,18
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere *)	121.507,00	1.840,00	0,00	123.347,00
Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	715.851,71	80.799,03	-4.740,69	715.851,71

BUCHWERT BILANZSTICHTAG	Stand am 31.12.2024 EUR	Stand am 31.12.2025 EUR
Immaterielle Anlagenwerte		
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	12.250,00	139.692,98
b) geleistete Anzahlungen	118.800,00	0,00
Sachanlagen	100.752,93	103.194,03
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere *)	8.128.418,00	11.655.578,00
Beteiligungen	56.629,19	56.629,19
Summe	8.416.850,12	11.955.094,20

*) ohne abgegrenzte Zinsen
Die Beteiligungen sind nicht börsennotiert.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt (im Folgenden „Gesellschaft“) - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit §§ 340k, 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Verwaltungsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen:

- die übrigen Teile des Geschäftsberichts - ohne weitere Querverweise auf externe Informationen -, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Diese werden uns voraussichtlich nach dem Datum dieses Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Verwaltungsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit §§ 340k, § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Neu-Isenburg, 24. April 2025

AWADO GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Julia R. Hennig
Wirtschaftsprüfer

Udo Swierkta
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat wurde im Berichtsjahr regelmäßig von der Geschäftsführung über die Entwicklung und die Lage der Bürgschaftsbank Thüringen GmbH unterrichtet.

Im Geschäftsjahr 2025 fanden nachstehende zwei Sitzungen des Verwaltungsrates statt:

ordentliche Sitzung 27.05.2025

ordentliche Sitzung 26.11.2025

Des Weiteren hat sich der Vorsitzende des Verwaltungsrates in den Besprechungen am 24.04 und 03.11.2025 über die laufende Geschäftsentwicklung informiert. In diesen Gesprächen hat er sich insbesondere auch über die risikorelevanten Themen und die Geschäftsentwicklung im Rahmen eines Soll-/Ist-Vergleiches unterrichten lassen.

Im Mittelpunkt der Verwaltungsratssitzung am 27.05.2025 stand der Bericht über die Jahresabschlussprüfung per 31.12.2024. Weiterhin informierte die Geschäftsführung auf der Basis des Risikoberichtes zum 31.03.2025 über den laufenden Geschäftsgang, den Bericht des Compliance-Beauftragten für den Zeitraum vom 27.03.2024 - 26.03.2025 und den Bericht der Innenrevision für das Geschäftsjahr 2024.

Schwerpunkte der Sitzung des Verwaltungsrates am 26.11.2025 waren die Erörterung der Geschäfts- und Risikostrategie (inkl. Anlage- und IKT-Strategie) sowie Erläuterungen zum Risikobericht per 30.09.2025. Des Weiteren stellte die Geschäftsführung die Geschäftsplanung für den Zeitraum 2026 bis 2028 vor und informierte gem. § 3 Abs. 1 Satz 2 der Institutsvergütungsverordnung über die Vergütungssystematik der BBT.

Der Verwaltungsrat hat die Geschäftsführung beraten und nach den gesetzlichen und satzungsmäßigen Bestimmungen überwacht.

Über Neuengagements der Gesellschaft wurde durch den Bewilligungsausschuss und die Geschäftsführung entschieden.

Die AWADO GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Neu-Isenburg hat den Jahresabschluss 2025 und den dazugehörigen Lagebericht geprüft. Der Jahresabschluss wurde mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

An den Erörterungen des Verwaltungsrates über den Jahresabschluss hat der Wirtschaftsprüfer teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Der Verwaltungsrat hat den Jahresabschluss und den Lagebericht eingehend beraten. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfungen erhebt der Verwaltungsrat keine Einwände und schließt sich dem Ergebnis der Abschlussprüfer an.

Er empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den Jahresabschluss per 31.12.2025 festzustellen. Der Verwaltungsrat schließt sich dem Vorschlag der Geschäftsführung zur Verwendung des Jahresüberschusses (Einstellung in die Rücklage gem. § 15 des Gesellschaftsvertrages) an.

Der Verwaltungsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den Mitgliedern der Geschäftsführung und des Verwaltungsrates für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2025 Entlastung zu erteilen.

Der Verwaltungsrat dankt der Geschäftsführung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bürgschaftsbank Thüringen GmbH für die im Geschäftsjahr 2025 geleistete Arbeit.

Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsrat nimmt den mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der AWADO Deutsche Audit GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Neu-Isenburg versehenen Jahresabschluss der Bürgschaftsbank Thüringen GmbH zum 31.12.2025 mit einer Bilanzsumme von EUR 55.448.086,29 und einem Jahresüberschuss von EUR 187.829,22 zur Kenntnis. Er empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den Jahresabschluss festzustellen und den Jahresüberschuss von EUR 187.829,22 gemäß § 15 des Gesellschaftsvertrages der Gewinnrücklage zuzuführen.

Des Weiteren empfiehlt er der Gesellschafterversammlung den Mitgliedern der Geschäftsführung und des Verwaltungsrates für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2025 Entlastung zu erteilen.

Der Verwaltungsrat beschließt den vorliegenden Bericht des Verwaltungsrates über das Geschäftsjahr 2025 an die Gesellschafterversammlung.

Erfurt, den 27. Mai 2026

gez: Hans-Georg Dorst
Verwaltungsratsvorsitzender



Bürgschaftsbank Thüringen GmbH
Bonifaciusstraße 19
99084 Erfurt

Tel. 0361 21 35-0

info@bb-thueringen.de
bb-thueringen.de



bericht.bb-thueringen.de